

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

DIE BÖSE WIRKLICHKEIT

Eine deftige Portion Realismus, die uns vielleicht den Kopf wieder gerade rückt.

[Matthias Müller]

2023 ist mit einem Paukenschlag zu Ende gegangen. Das Verfassungsgericht hat den „Buchführungstricksereien“ (vulgo: illegalem Haushaltsbetrug) der Ampelkoalition vorerst einen Riegel vorgeschoben. Astronomische Summen an Steuergeld aus vollen Händen zu verpassen um großenwahnsinnige politische Utopien zu finanzieren wurde durch das Urteil der Karlsruher Richter zumindest erschwert. Damit gibt sich die Ampel jedoch nicht zufrieden, von Einsicht und Einlenken keine Spur. Wenn offener Verfassungsbruch eben nicht mehr so einfach ist, wie es in den letzten vier Jahren scheinbar war, dann muss man eben geschickter schummeln. So gelang

es der Regierung sehr geschickt, die Hochwasserlage der letzten Wochen, kommunikativ mit der Aussetzung der Schuldenbremse zu verschränken, so dass beim Bürger der Eindruck entstehen musste, der Haushalt müsse angesichts der diesjährigen Hochwassersituationen um einige Milliarden erweitert werden. Tatsächlich geht es dabei aber um die Ahrtal-Flutkatastrophe aus dem Jahr 2021. Und diese Gelder dürfen laut Verfassung nicht als „plötzliche Notlage im aktuellen Bundeshaushalt“ deklariert werden, weil die Kosten schon seit Jahren bekannt sind. Es wird getrickst - um nicht zu sagen: vorsätzlicher Verfassungsbruch begangen.

Natürlich wird man in jedem Fall Steuern erhöhen, das versteht sich von selbst. 2024 erwarten uns Steuer- und Abgabenerhöhungen, weiter steigende Energiepreise, eine fortschreitende Deindustrialisierung, Wahlbeben im In- und Ausland und weiterhin ein unkontrollierter Import antisemitischer Kriminalität sowie ein sich verschärfender Fachkräftemangel. Es ist weder Zeit für Optimismus, Pessimismus, geschweige denn schrillen Alarmismus – es ist Zeit für ein klein wenig Realismus. Fassen wir zusammen, was uns bevor steht – aber seien Sie gewarnt. Diese schwere Kost macht keine Lust auf mehr.

Zunächst wird die Wirtschaftsstandort-schädliche, ideologiegetriebene Energiepolitik weiter vorangetrieben. Mit dem Abschalten der letzten in Deutschland verbliebenen Atomkraftwerke in Deutschland ist jedem rational Denkenden bewusst geworden, dass es offensichtlich nicht um CO2 geht. Ansonsten wären zuerst die Kohle- und dann die Atomkraftwerke abgeschaltet worden, denn die deutschen Atomkraftwerke waren nicht nur die sichersten der Welt - sie produzierten den Strom auch ohne CO2 auszustoßen. Insbesondere im Ausland erntet dieser Sachverhalt mehrheitlich verständnisloses Kopfschütteln. Tatsächlich haben die meisten

Menschen in Deutschland die harten Tatsachen der so genannten „Energiewende“ noch nicht einmal ansatzweise begriffen. Durch die fatalen, hauptsächlich auf das Konto von Kinderbuch-Co-Autor Robert Habeck gehenden, Entscheidungen der Energiepolitik ist Deutschland vom Netto-Exporteur von Strom zu einem der größten Netto-Importeure geworden. In der zweiten Hälfte des Jahres 2023 musste Deutschland die größte Strommenge seit Beginn der Aufzeichnungen teuer aus Nachbarstaaten einkaufen – die eingekaufte Menge entspricht dabei fast bis auf die Megawattstunde der Produktion der letzten drei abgeschalteten Atomkraftwerke. Und dreimal dürfen Sie, liebe Leser, raten, woher der zugekaufte Strom kommt? Natürlich aus Atomkraft. Frankreich und die Niederlande sind Hauptlieferanten, neben Polen, wo der Strom weitgehend aus Kohlekraftwerken kommt. Nun könnte man argumentieren, dass all dies das Ziel von vermindertem CO2-Ausstoß rechtfertigen würde, aber selbst das ist ja nicht der Fall. Seit die Ampel am Ruder ist, steigt die Verantwortung Deutschlands für den weltweiten CO2-Ausstoß wieder. Der Grund? Die „Energiewende“. Die notwendigen Backup-Gaskraftwerke zur Pufferung des „Erneuerbaren“ Flatterstroms, betrieben mit umweltschädlichem und ultrateurem Frackinggas aus den USA schlagen CO2-intensiv ins Kontor.

Auch 2024 benötigt der Industriestandort Deutschland, wo die Firmen gegenwärtig bis zu dreimal mehr für Strom zahlen als ihre internationale Konkurrenz, günstige Energie um wettbewerbsfähig zu bleiben. Woher diese kommen soll, wird auch 2024 in den Sternen stehen. Energie wird auch 2024 im internationalen Vergleich viel

zu teuer sein – Stand heute leistet sich Deutschland den höchsten Strompreis auf dem Planeten – möchte aber industrielle Investoren anlocken. Womit, das bleibt das Geheimnis der Ampel. Wirtschaftskonkurrenten wie China und Indien, welche sich im Übrigen nie an den Sanktionen gegen Russland beteiligt haben und es auch zukünftig nicht tun werden, aber auch die USA, Japan und Südkorea profitieren von Deutschlands fataler Energiepolitik. 2024 wird daher die Deindustrialisierung Deutschlands, auch Dank viel zu hoher und somit nicht konkurrenzfähiger Steuern und Abgaben, weiter voranschreiten. Immer mehr Unternehmen werden in Ländern mit wesentlich günstiger Energie investieren.

2022 wurden nur noch rund 10,5 Milliarden Euro in Deutschland investiert. Allein 2022 flossen ca. 125 Mrd. Euro mehr Direktinvestitionen aus Deutschland ab, als in Deutschland investiert wurden. Fast 70 Prozent der Gelder aus Deutschland flossen in andere europäische Staaten. Dieser Trend wird sich 2024 fortsetzen. Entgegen den Vorstellungen der Berliner Politikblase wird Deutschlands Ampel-Energiepolitik auch zukünftig international nicht als richtungsweisend angesehen werden. Kurzum, die Welt wird Deutschlands Ideen nicht folgen, weil sie nachweislich in eine Rezession führen. Deutschland war 2023 das weltweite Schlusslicht in Sachen Wirtschaftsentwicklung: als einziges Land unter allen Industriestaaten mit einem satten Minus. Russland übrigens, gegen das ja angeblich „unsere Sanktionen wirken“ (Baerbock) war unter den Top-4 in Sachen Wirtschaftswachstum, soviel dazu.

BAUERNPROTESTE

Die Landwirtschaft in Deutschland und der EU wird 2024 weiter

dezimiert und konzentriert. Der offizielle Anlass der gegenwärtigen bundesweiten Protestaktionen der Bauern ist die von der Ampelkoalition geplante Streichung der Steuerergünstigungen beim Agrardiesel und bei der Kraftfahrzeugsteuer. Doch das ist nur die Spitze des Eisberges, der seit Jahren einen wachsenden existenziellen Druck auf die Landwirte ausübt und dem bereits eine steigend hohe Zahl kleinerer und mittlerer Landwirtschaftsbetriebe zum Opfer gefallen ist. Sie weichen einer fortschreitenden Konzentration auf große industrielle Agrarbetriebe im Besitz von Kapitalgesellschaften, hinter denen globale Player stehen. Deren erklärtes Ziel ist es, die gesamte Nahrungskette in die Hand zu bekommen.

1995 hat es in Deutschland noch ca. 390.000 Landwirtschaftsbetriebe gegeben. 2020 sind es nur noch etwa 240.000 gewesen, also in 25 Jahren ein Rückgang bis dahin um 150.000 (38,5 %). Das sieht in der gesamten Europäischen Union noch dramatischer aus. Von 2005 bis 2020 ist die Zahl von 14,4 Mio. Betrieben um 5,3 Millionen auf 9,1 Millionen gesunken – also bereits in 15 Jahren ein Rückgang um 5,3 Millionen oder rund 37 %.

Wie in der Industrie hat es also auch in der Landwirtschaft auf Kosten kleiner und mittlerer Betriebe einen schnell fortschreitenden Konzentrationsprozess und damit eine kräftige Umverteilung von unten nach oben gegeben. Doch in den vergangenen drei Jahren hat sich die Lage der Bauern noch weiter verschlechtert: Zum bereits geschilderten Strukturwandel sind auch noch die Lieferkettensammenbrüche infolge der Lockdowns gekommen, außerdem die erschwerte Wartung und Reparatur von Landmaschinen durch den

Chipmangel, die Erhöhung von Maut und CO2-Steuern, die Verteuerung von Dünger insbesondere durch den Ukrainekrieg und die erschwerte Kreditaufnahme auf Grund der Erhöhung der Zinsen durch die EZB.

Dieses Trommelfeuer an Problemen ist auch noch durch immer neue bürokratische Vorschriften, Einschränkungen und Regulierungen verschärft worden – fast alle im Namen des „Klimas“.

Damit ist eine angeblich existenzgefährdende Klimaerwärmung gemeint, die durch den von Menschen und Tieren hervorgerufenen CO2-Ausstoß verursacht werden soll, was auf eine scheinwissenschaftliche Erfindung und nachweisliche Datenfälschungen des „Weltklimarates“ IPCC, einer privaten Organisation, zurückgeht.

Dass auf diese Weise immer mehr Bauern den Kampf ums Überleben verlieren und zu Opfern internationaler Agrarkonzerne werden, ist kein Zufall. Wir erleben zurzeit weltweit eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Zeitenwende, den angeblichen „Aufbruch in das digitale Zeitalter“. In das führt die Welt allerdings von einer verschwindend geringen Minderheit geführt – und zwar, ohne dass die Mehrheit in irgendeiner Weise ein Mitspracherecht hätte.

Diese Minderheit, ein Kartell aus einer kleinen Handvoll mächtiger Finanz- und IT-Konzerne, verfolgt dabei mehrere Ziele, die bei ihren jährlichen Treffen in Davos auch unverhohlen kommuniziert werden: Man will alle Bürger der Erde biometrisch erfassen, man will uns allen digitales Zentralbankgeld aufzwingen und man will die Landwirtschaft von Grund auf umgestalten – und zwar durch sogenanntes „Smart Farming“. Dazu zählen vor

allem die Automatisierung der Arbeit von Traktoren und Geräten, die Verwendung von Drohnen oder Arbeitsrobotern und der Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI), zum Beispiel durch die Anwendung von Algorithmen im Pflanzenbau.

Aber das ist nicht alles. Die Pläne im Bereich der Landwirtschaft setzen vor allem auf die Erkenntnisse der synthetischen Biologie, also auf genetisch verändertes Saatgut und neuerdings auch auf Laborfleisch. All das verkaufen die Visionäre aus Finanz-, IT- und Chemieindustrie als Maßnahmen, die in unserem Interesse gegen den Klimawandel getroffen werden: Saatgut muss angeblich manipuliert werden, um die Pflanzen gegen den Klimawandel resistent zu machen und Laborfleisch muss normales Fleisch ersetzen, da Rinder, Schweine und Schafe ja zu viel pupsen.

Das alles ist keine Satire, sondern bittere Realität. Dahinter verbirgt sich ein Milliardengeschäft, in das bereits zahlreiche Großinvestoren eingestiegen sind. Es bedeutet aber auch die vollständige Unterwerfung der Landwirtschaft unter diese Investoren, denn die Lizenzen und Patente sowohl auf klimaresistentes Saatgut als auch auf klimaneutrales Laborfleisch gehen natürlich nicht an die Landwirte, sondern an die Vertreter des Kartells. „Smart Farming“ ist nichts anderes als ein Riesengeschäft zugunsten einer winzigen Minderheit und außerdem das Ende der Landwirtschaft, wie wir sie kennen.

DIE POLITIKFIGUREN UND DER BAUERNVERBAND

Die herrschenden Politiker haben sich der Agenda der internationalen Konzerne nahezu vollständig untergeordnet und setzen sie beharrlich im Lande um. Unter ihnen haben sich als größte Gegner der Landwir-

te ausgerechnet die Grünen erwiesen, die das Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerium in der Hand haben. Sie scheinen keine Grenzen zu kennen, wenn es darum geht, die Landwirte immer weiter in die Enge zu treiben und den Großinvestoren einen roten Teppich auszurollen.

Eine zwielichtige Rolle spielt dabei der Dachverband aller deutscher Landwirte, der Deutsche Bauernverband. Angetreten, die Interessen der Landwirte zu vertreten, offenbart er auf seiner Webseite, dass er sämtliche Klimaziele der Vereinten Nationen und die Vorgaben der Klimagipfel unterstützt, sich also kritiklos hinter deren manipulative Agenda stellt. Auf dem Parteitag der Grünen im November in Karlsruhe ist er sogar unter den „Ausstellern und Sponsoren“ aufgetreten.

Anfang des Jahres zu einer Aktionswoche mit Großdemonstrationen aufzurufen, war vermutlich dem Druck der Basis, der wachsenden Unzufriedenheit vor allem kleinerer und mittlerer Landwirtschaftsbetriebe zu verdanken, die sich schon in den vergangenen Wochen und Monaten in zahlreichen lokalen und regionalen Protestaktionen Luft gemacht hatten.

KEINE HOMOGENE BAUERNSCHAFT

Hinzu kommt, dass die deutsche Bauernschaft eben keine einheitliche, sondern eine höchst vielgestaltige Berufsgruppe ist, wie Hermann Ploppa in einem Artikel vom 6.1.2024 darlegt:

» Es gebe ganz große Agrar-Unternehmen mit riesigem Landbesitz, bei denen unter der Maxime der Gewinnmaximierung knallhart kalkuliert werde. „Und das erreicht man am besten mit einem degradierten Boden, der im Prinzip nur noch aus Kieselgranulat bestehen sollte, in den man in Hydrokultur

chemisch erzeugten Dünger einbringt. Unerwünschte Kräuter auf dem Feld werden mit Chemie ausgeschaltet“, so Ploppa.

» Dann gebe es große und mittelgroße Bauernhöfe, die noch von Familien aber nach genau denselben Prinzipien bewirtschaftet werden wie die Agrarfabriken: also der großräumige Einsatz von Glyphosat und synthetischem Dünger.

» Und drittens bestehe die Gruppe der ökologischen Landwirte, die das Opfer auf sich nehmen, „erheblich arbeitsintensiver und riskanter zu wirtschaften als ihre so genannten ‚konventionellen‘ Kollegen. Sie verzichten auf die chemische Keule und befahren ihre Äcker öfter, um den gewünschten Ertrag zu erzielen. Deswegen sind die Ökobauern auch von der Streichung der Dieselsubventionen erheblich schlimmer betroffen als die konventionellen Bauern.“

Die Landwirtschaft der beiden ersten Gruppen nennt man im Zuge einer sprachlichen Manipulation „konventionelle Landwirtschaft“ – so als wäre diese Art der Bodenbearbeitung die „normale“, traditionell überlieferte Form. Entsprechend muss sich dann die verbliebene naturgerechte Landwirtschaft einem Rechtfertigungsdruck erwehren, als sei die natürliche Bewirtschaftungsweise etwas „Unnormales“. Wie so oft, ist jedoch das Gegenteil wahr. Ökologische Landwirtschaft im Einklang mit der Natur ist genau die Form von Landwirtschaft, die sich seit Jahrtausenden bewährt hat.

Die ökologisch arbeitenden Bauern sind schon die ganze Zeit benachteiligt. Offenkundig hat die Politik in Brüssel und Berlin immer nur ein Ohr für die Lobbyisten der industriellen Landwirtschaft. Der Bauernverband will nun angeblich

das Sprachrohr aller drei Kategorien der deutschen Landwirtschaft sein: Agroindustrie, „konventionelle“ familiengeführte Betriebe und ökologisch-bäuerliche Höfe als Gesamtheit – also „Fuchs und Hühner in einem einzigen Stall friedlich vereinen“. In diesem Interessenkonflikt kann der Verband nur den kleinsten gemeinsamen Nenner liefern. Seine politischen Äußerungen und Forderungen sind damit zwangsläufig weichgespülter Mainstream. Große Konfrontationen kann er sich nicht leisten ohne in der eigenen Klientel anzuecken.

DIE WELTWEITE SITUATION

Die Misere der deutschen Landwirtschaft muss unbedingt im Zusammenhang mit der weltweiten Situation gesehen werden. Weltweit erleben wir eine dramatische Enteignung der bäuerlichen Landwirtschaft und eine rapide Umwandlung fruchtbarer Böden in Kieselgranulatflächen. Hier gibt es immer weniger familiengeführte Betriebe. Stattdessen kontrollieren globale Konzerne wie Nestlé, Monsanto oder Cargill die Szene. Die Ölkonzerne liefern die Abfallprodukte für die „Düngung“ – tatsächlich aber Vergiftung – ehemals natürlicher Biotope. Hinter den globalen Agrar-Giganten stehen wiederum Banken und Vermögensverwaltungsfirmen wie Goldman Sachs, Blackrock oder Vanguard. Die politischen Hilfstruppen stehen mit Weltbank, Internationalem Währungsfonds oder auch der Europäischen Union den Kapitalgesellschaften zur Seite, um in die Verschuldung getriebene Nationen zu zwingen, den Anweisungen der Konzerne bedingungslos zu folgen.

Korrumpierte Nichtregierungsorganisationen wie der World Wildlife Fund liefern dabei die nötigen Zertifikate, die behaupten, dass die agrarindustriellen Produkte natürlich auf

umweltverträgliche, nachhaltige Weise hergestellt wären. Das Label MSC besagt, dass wir nur glückliche Lachse aus absolut naturbelassener Herstellung verzehren. Die Zertifizierungsindustrie ist mittlerweile ein globales Milliardengeschäft, tatsächlich unabhängig kontrolliert wird hier absolut gar nichts.

UKRAINE

Ein besonders abstoßendes Beispiel für die Pervertierung der Landwirtschaft stellt die Ukraine dar. Diese verfügt mit 33 Millionen Hektar Schwarzboden über die besten Ackerböden Europas. Das macht ungefähr ein Drittel der Ackerflächen der Europäischen Union aus. Nach der Wende hat der Staat die vorher staatlichen Flächen in kleineren Parzellen an Bauern verteilt. Um sie zu schützen, ist im Jahr 2001 von der ukrainischen Regierung angeordnet worden, dass diese Flächen nicht an ausländische Investoren verkauft werden dürfen.

Jedoch übte jene oben bereits erwähnte unheilvolle Koalition aus Weltbank, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Entwicklungsbank erpresserischen Druck auf die ukrainische Regierung aus, dieses Verkaufsverbot im Zuge der berüchtigten Strukturpassungen sofort aufzuheben. Im Windschatten des Machtwechsels in der Ukraine seit 2014 begann dann die große Landnahme. Westliche Kapital- und Agrarkonzerne konnten Land in der Ukraine erwerben. Verbliebene Staatsbetriebe wurden im Schnellgang privatisiert. Heute gehört das ukrainische Ackerland bereits den üblichen Verdächtigen: Monsanto, Cargill, Dupont, Vanguard, Kopernik Global Investors, die zu Goldman Sachs gehörende NN Investment Partners Holdings und Norges Bank Investment Management. Rund ein Drittel

des ukrainischen Staatsgebietes ist heute im Besitz hauptsächlich US-amerikanischer und zum geringeren Teil auch europäischer Großinvestoren – insbesondere in der Ostukraine.

Aus der Sicht der Finanzkonzerne ist es trotz der verfahrenen Kriegslage ein Glücksfall, dass sich die Ukraine durch den Krieg gegen Russland mit 120 Milliarden Dollar verschuldet hat, denn die Ukraine musste ihr Tafelsilber komplett westlichen Banken übereignen. Bereits Ende des Jahres 2022 hatte der ukrainische Präsident Selenskij mit dem Chef von Blackrock, Larry Fink, ein so genanntes Wiederaufbauprogramm verabredet, und Fink hat auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos erklärt, er und seine Freunde würden die Ukraine mit westlichem Kapital „fluten“ und die Ukraine „zum Leuchtfeuer der Hoffnung für die Kraft des Kapitalismus“ machen. Fink will eine Billion Dollar in die Hand nehmen, um die Ukraine auf Linie zu bringen. Die verbliebenen selbständigen Bauern sind mittlerweile zum Militärdienst eingezogen worden. Deren faktische Enteignung findet in den meisten Fällen vermutlich im Schützengraben statt.

Zugleich begann auch der Frontalangriff auf die Landwirte in der Europäischen Union. Weil durch die Kriegshandlungen die Ukraine ihr Getreide nicht mehr auf dem Seeweg exportieren konnte, leitete die Europäische Union das ukrainische Getreide mal eben zollfrei in die Märkte der EU um. Besonders die osteuropäischen Bauern sahen sich plötzlich einer Dumping-Konkurrenz aus der Ukraine ausgesetzt, die sie schwerlich überleben konnten. Die Regierungen von Polen, Ungarn und der Slowakei machten daraufhin die Grenzen für ukrainisches Getreide dicht.

Dies hat mit einem Schlag die Agenda der Europäischen Union entlarvt: die Ukraine mit ihrer radikalen Agroindustrie darf gerne die europäischen Bauern ruinieren. Die Ukraine ist sozusagen die Blaupause für eine zukünftige europäische Landwirtschaft: vollständig in der Hand von westlichen Kapitalinteressen.

HARTE ZEITEN FÜR SCHLÜSSELINDUSTRIE

2022 erwirtschafteten die Unternehmen der Branche samt Zulieferer ca. 506 Milliarden Euro und beschäftigten ungefähr 734.000 Arbeitskräfte. Mehr als zwei Drittel der in Deutschland produzierten Fahrzeuge wurden ins Ausland exportiert. Mittlerweile verliert der Produktionsstandort Deutschland wegen hoher Energie- und Personalkosten kontinuierlich an Attraktivität. Laut Ifo-Präsident Clemens Fuest ist ein Drittel der Produktion bereits weg.

Mit der weiteren Forcierung der Elektromobilität kommt der Aufstieg Chinas, was alleine schon daran liegt, dass China den weltweiten Markt an Akkus dominiert. Wer Elektromobilität will, kommt an China nicht vorbei, und das Reich der Mitte diktiert die Konditionen. Sobald Elektromotoren die Verbrennungsmotoren überflügelt haben, wird China den deutschen und europäischen Markt mit billigen E-Autos fluten und schlussendlich kontrollieren. Das Zeitalter von in Europa noch fast unbekanntem Marken wie BYD, Geely, Nio, Xpeng und Great Wall beginnt. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Europas Massenhersteller vor den chinesischen Autobauern in die Knie gehen werden. Chinas Autobauer stehen zumeist unter staatlicher Kontrolle und produzieren zu wesentlich niedrigeren Löhnen, bei laxeren Umweltvorschriften und

mit günstigerer Energie. Aus China wurden bis Ende Juli 2023 ca. 2,8 Millionen Fahrzeuge exportiert (1,8 Mio. Benziner). Im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 74 Prozent. China ist nach Japan bereits die Nummer Zwei unter den Automobilexporteuren – und hat Deutschland schon überholt.

Die Neuordnung der Struktur der weltweiten Produktion wird eine neue, gravierende Welle der De-Industrialisierung in Europa auslösen. Eine Verlagerung der Automobilproduktion wird drastischere Auswirkungen auf Deutschland und Europa haben als die Abwanderung der Stahl-, Elektronik- oder Schiffbauindustrie in der Vergangenheit.

WOHNRAUM

Auch Dank der fragwürdigen Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) sind die Immobilienpreise seit dem Höchststand 2022 bereits um mehr als 10 Prozent gesunken. Für 2024 ist ein weiterer Einbruch zu erwarten. Auf Grund hoher Baukosten und schlechter Finanzierungsbedingungen ist keinesfalls mit einem Bauboom zu rechnen. Zahllose Bauprojekte liegen auf Grund hoher Zinsen und explodierender Materialkosten auf Eis. Die Konsequenz: 2024 werden immer mehr Projektentwickler, Bauträger und Bauunternehmen in die Insolvenz gehen. Die Bundesregierung wird 2024 ihr Ziel von jährlich 400.000 neu gebauten Wohnungen dramatisch verfehlen. Darum wird Wohnraum, insbesondere in städtischen Ballungszentren, ein immer knapperes Gut werden.

BILDUNGSDESASTER

Bildung ist das Wichtigste für ein Land, dessen Reichtum nicht ressourcenbasiert ist, sondern auf dem Hirnschmalz und Fleiß seiner Bürger basiert. In Punkto Bildung

hat das einstige Land der Dichter und Denker längst den Anschluss an die Weltspitze verloren. Ein Viertel der Viertklässler können nicht richtig lesen und scheitern somit bereits an den Mindeststandards. Der Anteil Jugendlicher ohne grundlegende schulische Fähigkeiten liegt bei 23,8 Prozent. In China liegt dieser bei 6,5 Prozent.

In der internationalen Leistungsstudie Pisa haben im Jahr 2022 die Schülerinnen und Schüler an deutschen Schulen so schlecht abgeschnitten wie noch nie zuvor. Obendrein befindet sich keine einzige deutsche Universität unter den Top-49 der Welt. Die geistige Elite wird nicht gefördert, sondern das Niveau stetig nach unten angepasst. Privatschulen werden 2024 weiter boomen. Immer mehr entscheidet der Geldbeutel der Eltern über die Zukunft der Kinder. Dieser Trend wird sich 2024 fortsetzen.

BÜROKRATIEIRRSINN

In Deutschland haben zum Stichtag 2. Februar 2022 genau 1.773 Gesetze mit 50.738 Einzelnormen und 2.795 Rechtsverordnungen mit 42.590 Einzelnormen gegolten. Es ist davon auszugehen, dass, entgegen aller Beteuerungen aus der Politik, der weltweit einzigartige bürokratische Wahnsinn noch weiter zunehmen wird. Insbesondere weil von Seiten der EU mehr anstatt weniger Richtlinien, Verordnungen und Beschlüsse zu erwarten sind.

Nicht nur in der staatlichen Verwaltung, auch in der privaten Wirtschaft verursachen die zahllosen Vorschriften Kosten in Milliardenhöhe. Die ausufernde Bürokratie schadet dem Land und macht den Standort Deutschland für ausländische Investoren und echte Fachkräfte extrem unattraktiv. Mitarbeiter in den Schlüsselbranchen IT, Gesundheit und Technologie

verdienen in den Konkurrenzländern ein Vielfaches, genießen bessere Lebensqualität und für ihre Familien stehen höhere soziale Sicherheit und Bildungschancen zur Verfügung.

DIGITALISIERUNGSMISERE

Deutschland hat bei der Digitalisierung den Anschluss an die Weltspitze verloren. Weder kommen noch werden zukünftig große Tech-Konzerne wie Alphabet, Amazon, Apple, Ebay, Meta, Microsoft, Tencent, Nvidia, Tesla, etc. aus Deutschland kommen. Die Bundesrepublik ist ein Land mit einer zermürbenden und ungenügend digitalisierten Bürokratie, die Jobs vernichtet und neue Technologien und Innovationen verhindert. Bei der Digitalisierung des öffentlichen Dienstes schnitt Deutschland 2022 schlechter als Griechenland ab. Die Digitalisierungsmisere bei Behörden, an Schulen, Krankenhäusern ist ebenso wenig von der Hand zu weisen wie der mangelnde Anteil von Glasfaseranschlüssen. Dieses Problem wird auch 2024 nicht gelöst werden. Der Anteil von Glasfaseranschlüssen an allen stationären Breitbandanschlüssen lag in Deutschland im Dezember 2022 bei 9,17 Prozent. Der OECD-Schnitt lag bei 37,7 Prozent. Spitzenreiter sind Südkorea, Japan und Spanien mit über 80 Prozent.

DEUTSCHLAND KEIN REICHES LAND MEHR

Teilt man die Haushalte in eine reichere und eine ärmere Hälfte, so ist das Medianvermögen der Wert, der exakt in der Mitte liegt. Hier erreichte Deutschland laut dem UBS-Global Wealth Report 2023 Rang 16, weit abgeschlagen hinter der Schweiz, den USA, Australien, aber auch Dänemark, Niederlande, Belgien, Frankreich. In Anbetracht der negativen wirtschaftlichen Aus-

sichten, sowie der nicht endenden Migration zumeist Mittelloser ist für 2024 davon auszugehen, dass das Medianvermögen weiter sinken wird.

SOZIALSTAAT

In Deutschland fließen bereits knapp 45 Prozent des Haushalts in die Ressorts Arbeit und Soziales und Gesundheit. 2022 lag der Anteil öffentlicher Sozialausgaben am BIP mit 26,7 Prozent über 5 Prozent über dem OECD-Durchschnitt (21,1 Prozent). Ungefähr 46 Millionen Erwerbstätige müssen in Deutschland für 21 Millionen Rentner (121 Milliarden für Rentenzuschuss, inklusive Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) und 5,5 Millionen Bürgergeldempfänger mitbezahlen. Im politischen Deutschland lautet die Devise: Vermögen umverteilen, anstatt Vermögensbildung zu fördern. Kurzum: Umverteilung statt Leistung. In zahlreichen Berufen lohnt sich, Dank des Bürgergeldes, Arbeiten kaum noch. Dies wird sich 2024 mit der Erhöhung des Bürgergeldes weiter fortsetzen.

Wenn der Lohn im Niedriglohntor nicht erheblich über den staatlichen Sozialleistungen liegt, dann werden sich verständlicherweise immer mehr für das Bürgergeld entscheiden. Um den Sozialstaat weiterhin am Laufen zu halten, müssen Steuern und Abgaben kontinuierlich erhöht werden. Langfristig ist Deutschlands Sozialmodell unbezahlbar.

Steuern und Abgaben bleiben weiter zu hoch und schaden dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Deutschland hat global mit die höchste Steuer- und Abgabenlasten. Fakt ist: Das Land hat ein international nicht wettbewerbsfähiges Steuersystem. Die Einkommensbelastungsquote (durchschnitt-

liche Belastung eines Haushalts in Deutschland mit Steuern und Abgaben) lag 2022 bei rund 53 Prozent. Firmen am Standort Deutschland zahlen ca. 10 Prozentpunkte mehr Steuern als im EU-Durchschnitt.

Hohe Arbeitskosten machen den Standort für Arbeitgeber unattraktiv. Niedrige Nettoeinkommen machen den Standort für Arbeitnehmer unattraktiv. Während in Deutschland bereits 42 Prozent Einkommenssteuer über 62.810 Euro und 45 Prozent über 277.826 Euro fällig werden sind es in den USA beispielsweise 24 Prozent über 89.175 USD, 32 Prozent über 170.050 USD, 35 Prozent über 215.950 USD und 37 Prozent über 539.900 USD. Dennoch ist 2024 nicht von dringend erforderlichen maßgeblichen Steuersenkungen auszugehen.

Ebenso wenig ist von einer Senkung oder Abschaffung der Schenkungs- und Erbschaftssteuer die es weder in den EU-Ländern Estland, Lettland, Malta, Österreich, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien sowie in Australien, Neuseeland, China, Indien, Schweiz, Andorra, Türkei, Singapur, Norwegen gibt auszugehen. Ganz im Gegenteil. Manch ein Politiker träumt in Zeiten knapper Kassen davon, an eben dieser Steuer weiter zu drehen und schürt dabei in den Medien nach Kräften den Sozialneid. „Die Reichen stärker besteuern“ ist dümmlichster Populismus, gemacht für einfältige Gemüter, die die Realität am liebsten ausblenden. Fakt ist: die so genannten „Reichen“ sind Unternehmer und hochqualifizierte Spitzenkräfte in Zukunftsbranchen – genau die Klientel, die das Land jetzt braucht, um es aus dem Dreck zu ziehen. Und „Die Reichen“ sind vor allem global extrem mobil. Nichts kann sie in einem Land halten, in dem sie sich ausgeplün-

dert fühlen, wenn ihnen gleichzeitig überall sonst auf dem Planeten der rote Teppich ausgerollt wird.

ABWANDERUNG HOCHQUALIFIZIERTER

Bekanntlich sind in den letzten Jahrzehnten Millionen un- und gering qualifizierte Menschen nach Deutschland eingewandert. Jedoch sind auch hunderttausende Hochqualifizierte ausgewandert. Drei Viertel der Auswanderer aus Deutschland haben eine Hochschulbildung. Auch 2024 wird sich der sogenannte „Brain Drain“ weiter fortsetzen. Es werden immer mehr bestens ausgebildete Menschen Deutschland den Rücken kehren und in Länder mit besseren Zukunftsaussichten, besseren Universitäten und Forschungseinrichtungen, höherer Lebensqualität und einer weniger leistungsträgerfeindlichen Steuerpolitik auswandern.

FACHKRÄFTEMANGEL

Mehr als die Hälfte von Deutschlands Unternehmen haben, bei knapp 2,7 Mio. Arbeitslosen und Millionen an Zuwanderern, Schwierigkeiten offene Stellen zu besetzen. Laut Boston Consulting Group werden bis 2030 allein rund 1,1 Millionen Fachkräfte in Informatik und Mathematik fehlen. Ohne Fachkräfte gibt es keine Energiewende und obendrein droht ein massiver Wirtschaftseinbruch, ein Verlust an Wertschöpfung und Wohlstand. Deutschland benötigt dringend hochqualifizierte Fachkräfte. Doch um eben diese ist ein globaler Wettbewerb entbrannt. Verlassen international gefragte hochqualifizierte Expertinnen und Experten ihre Familien, ihren Freundes- und Kulturkreis und ihre Heimat, dann machen sie dies vorwiegend, um Geld zu verdienen und ihren Familien ein bestmögliches Umfeld zu

ermöglichen.

Deutschland ist ein Land mit einem schlechteren Forschungsumfeld als beispielsweise die USA, die Schweiz oder Australien, welche sich durch Unternehmer- und Gründerfreundlichkeit auszeichnen. Dafür wartet Deutschland mit mit einer zermürbenden und ungenügend digitalisierten Bürokratie auf. Umgang und Duktus der Behörden gegenüber deutschen Unternehmern sind regelmäßig als geradezu feindselig zu beschreiben. Generell steht es nicht gerade rosig um die „Pull-Faktoren“ des Landes für Hochqualifizierte: Ein Land, dass auf dem globalen Kriminalitätsindex 47. Platz belegt, in dem Polizei und Rettungskräfte angegriffen werden, in dem sich nur noch ein Drittel der Frauen nachts ohne Begleitung im öffentlichen Personennahverkehr sicher fühlen, in dem Freibäder von Sicherheitskräften bewacht werden müssen, die Eingänge von Weihnachtsmärkten von Pollern geschützt werden müssen und Extremisten durch die Straßen ziehen, ist für junge Wissenschaftler, Techniker, IT-Experten, Ärzte und Mathematiker nicht „hip“.

Ein Land das bildungstechnisch den Anschluss verpasst hat, in dem das Gesundheits- und Altenpflegesystem auf Kante genäht ist und in Zukunft der Pflegekollaps in Krankenhäusern und Altenheimen droht. Ein Land, dessen »Energiewende« seinen Bürgern und der Wirtschaft jahrelang die höchsten Strompreise weltweit beschert und dem Wirtschaftsstandort Deutschland geschadet hat.

Ein Land, das im Vergleich mit seinen großen Wirtschaftskonkurrenten kontinuierlich an Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit verliert und dem eine Deindustrialisierung von nie da gewesenem Ausmaß

droht. Ein Land, mit maroden Straßen, Brücken, Schienennetzen, Wasserwegen, schlechten Internetanbindungen, unpünktlichen Zügen. Ein Land in dem die Kaufkraft der Währung sukzessive schwindet und die Sparguthaben und Altersvorsorge seiner Bürger pulverisiert. Deren Notenbank ihren Kernauftrag der Geldwertstabilität nicht erfüllt. Allein in den letzten fünf Jahren hat der Euro beispielsweise gegenüber dem Schweizer Franken knapp 15 Prozent verloren.

Ein Land, in dem ideologische Denkweisen in der Politik rationales Denken und Realitätssinn verdrängt haben und in dem zahlreiche Politiker von der Vision beseelt sind, die Welt zu retten und mit moralisch erhobenem Zeigefinger versuchen, ebendiese zu bekehren, ohne zu erkennen, dass die deutsche Energie-, Steuer-, Digitalisierungs- und Migrationspolitik im internationalen Kontext längst nicht mehr als richtungsweisend wahrgenommen wird.

Internationale Fachkräfte fühlen sich aus genannten Gründen in Deutschland nicht sonderlich wohl. Im Attraktivitäts-Ranking des größten globalen Expat-Netzwerks „InterNations“ von Ende 2022 belegt Deutschland weit abgeschlagen den 42. von 52 ausgewiesenen Rängen.

Deutschland ist einerseits anziehend für un- und niedrigqualifizierte Menschen und andererseits extrem abstoßend für hoch- und höchstqualifizierte Fachkräfte. Bleibt Deutschland weiterhin bei seiner toxischen Politik, so wird sich das Problem des Fachkräftemangels – übrigens nicht nur im besonders zukunftssträchtigen IT-Bereich, sondern u.A. auch im äußerst systemrelevanten sozialen Bereich – mit Gewissheit nicht lösen lassen.

DIGITALER EURO ALS FINANZIELLE FUSSFESSEL

Bargeld ist Freiheit – und zahllosen Protagonisten in der Politik ein Dorn im Auge. Bei Zahlungen mit Bargeld ist kein Dritter erforderlich. Das Geschäft findet ausschließlich zwischen zwei Parteien statt. Bei digitalem Zentralbankgeld der Sachverhalt ein anderer. Bei digitalem Zentralbankgeld ist die IT-Infrastruktur der Notenbank dazwischengeschaltet. Somit ist der gläserne Bürger keine Dystopie mehr. Der Digitale Euro hat für die EZB den unschätzbaren Vorteil, dass sie ihre Geldpolitik durch die Programmierbarkeit des Zahlungsmittels selbst direkt erzwingen kann. So kann der Kauf bestimmter Waren und Dienstleistungen beschränkt oder in Gänze unterbunden werden. Die Zinspolitik kann frei gestaltet werden, weil man durch die technisch mögliche Programmierbarkeit des Geldes verhindern kann, dass die Bürger ihre Sparguthaben in andere Länder oder zu anderen Anbietern verschieben. Tatsächlich jedoch wird der digitale Euro nicht einfach nur eine „andere Geldkarte“ sein, sondern eine finanzielle Fußfessel. Das Geld hat ab dann seinen eigenen Kopf. Man kann es nur noch für Dinge verwenden, die die EZB genehmigt und in der Programmierung des Digitalgeldes vorgesehen hat. Man kann es nicht abheben und auch nicht überall hin überweisen, wo man möchte. So einfach ist das. Der normale Bürger weiß darüber aber so gut wie nichts, weil ihm das Geldsystem zu fremd ist, er nichts davon versteht und es ihn deswegen auch nicht interessiert. Daher werden die EZB und Teile der Politik auch 2024 den digitalen Euro kompromisslos weiter vorantreiben.